SPD-Gemeinderatsfraktion Reichenbach an der Fils

Haushaltsrede 2011

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Richter,

auch wir wollen in diesem Jahr ein Zitat unserer Haushaltsrede voranstellen:

"Zukunft ist kein Schicksalsschlag, sondern die Folge der Entscheidungen, die wir heute treffen." - *Franz Alt*

Strukturelle Krise der Kommunalhaushalte

Wir müssen beobachten, dass der schnelle Aufschwung nach der tiefsten Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr mit einer Stabilisierung der kommunalen Haushalte einhergeht. Das Defizit pro Einwohner ist im Durchschnitt heute deutlich höher als in der bisher schlimmsten kommunalen Finanzkrise im Jahre 2003. Hintergrund dafür ist, dass die kommunalen Haushalte nicht unter einem konjunkturellen, sondern unter einem strukturellen Defizit leiden.

Dieses Defizit entsteht vor allem aufgrund neuer Aufgaben, die den Gemeinden der Gesetzgeber, also Bund und Land, „aufs Auge gedrückt haben“, die natürlich sinnvoll und für die Zukunftsfähigkeit wichtig sind, ohne den nötigen Ausgleich für Bau und Betrieb zu schaffen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die unter 3-Jährigen-Betreuung als gesetzliche Vorgabe, die die Städte und Gemeinden bis 2013 erfüllen müssen.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und die Kernbrennstoffsteuer der schwarz-gelben Bundesregierung führen zu Mindereinnahmen in beträchtlicher Höhe bei den Kommunen.

Dabei ist die demografische Entwicklung eine massive Herausforderung an die Gemeinden. Nur wer die richtigen Schritte zur Daseinsvorsorge für alle Bevölkerungsgruppen erfolgreich schafft, ist in Zukunft noch für Menschen attraktiv. Dort wo weiter kommunale Leistungen abgebaut werden müssen, die wichtige und zugleich nachhaltige weiche Standortfaktoren darstellen, wird es in Zukunft schwer haben, eine erfolgreiche kommunale Entwicklung zu gestalten.

Kein Verzicht auf die Gewerbesteuer

Aus diesem Gründen sehen wir keine Möglichkeit, trotz der enormen Schwankungen, auf die Gewerbesteuer zu verzichten, wie immer wieder in der Diskussion des letzten Jahres vorgebracht wurde. Wir wünschen den Beratungen von Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen in einer Gemeindefinanzkommission über eine nachhaltige Stabilisierung der Kommunalfinanzen viel Erfolg. Eigentlich sollten bis zum Oktober die Reform-Eckpunkte stehen.

Doch die Verhandlungen kommen seit Monaten nicht vom Fleck, obwohl sich die Lage vieler Städte und Gemeinden zugespitzt hat. Bundes-Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) hatte zuletzt Hoffnungen auf eine rasche Reform der Kommunalfinanzen gedämpft.

Landesfinanzminister Stächele rechnet damit, dass die Steuereinnahmen der Kommunen in Baden-Württemberg in diesem Jahr um fast drei Prozent steigen. Das sei ein Plus von etwa 275 Millionen Euro auf 9,9 Milliarden Euro. Besonders positiv trage hier die Gewerbesteuer bei. "Aber wir sind noch nicht über dem Berg", warnte der Finanzminister in einem Beitrag des SWR am 2.1.2011.

Die Gewerbesteuer ist neben der Grundsteuer die einzige kommunale Steuer, die direkt in den Gemeindesäckel fließt und damit auch ein Beitrag der örtlichen Firmen zum Wohl der Gemeinde und ein Ausgleich für verantwortliches kommunales Handeln. Diese Steuer muss erhalten und stabilisiert werden, indem weitere Bevölkerungsgruppen wie Freiberufler und Selbständige in diese Steuer einbezogen werden.

Verantwortliches Handeln ist oft schnelles Handeln

Wenn alle so lange mit Entscheidungen brauchen, wie dies bei der Reform der Kommunalfinanzen, einem sicher schwierigen Thema, ist, dann stünde Reichenbach heute noch schlechter da. Der Reichenbacher Gemeinderat ist bekannt dafür, dass er sehr schnell Entscheidungen treffen kann, wenn es um die Daseinsvorsorge seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger geht.

Sich mit Entscheidungen schwer tun – auch das bestimmt kommunales Handeln

Natürlich gibt es da auch Beispiele, wo sich Verwaltung und Gemeinderat schwer tun. Ein Musterbeispiel ist da die Diskussion um die Neustrukturierung des Stromnetzes. Wir tun uns immer noch schwer unternehmerisch zu handeln. Sicher schaffen wir das als Reichenbach nicht allein, denn dafür sind wir viel zu klein, sondern nur in interkommunaler Zusammenarbeit, möglichst mit einem Partner, der bereits Erfahrung auf diesem Gebiet hat.

Manche bekommen feuchte Augen, wenn Stromnetzrenditen von 8% versprochen werden. Wir empfinden dies eher als unverschämt gegenüber unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern aber auch uns als Kommune selbst, denn wer bezahlt letztendlich diese Rendite? Wir alle, die wir ja ohne Strom nicht auskommen. Was bekommen wir im Moment für angelegtes Geld als Rendite bei allen seriösen Geldinstituten?

Keine Politik am Bürger vorbei - gemeinsam die Zukunft gestalten

Wir müssen uns noch mehr als bisher anstrengen unsere Entscheidungen und die zugehörenden Entscheidungsgrundlagen den Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu erklären. Zentrale Entscheidungen mit großer Tragweite sind bereits im Entscheidungsprozess im entsprechenden Rahmen mit den Bürgern zu klären. So kann zum einen der verantwortliche Umgang mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger aufgezeigt werden und nicht das Gefühl der Politikverdrossenheit entstehen. Unwörter sind dann unnötig. Wir brauchen dann keine Rückgriffe auf Wutbürger und alternativlos mehr.

Daseinsfürsorge für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger

Wir wissen, dass die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushalts bereits alles getan hat, um einen genehmigungsfähigen Haushalt, trotz der nicht ausreichenden Zuführungsrate, hin zu bekommen, trotzdem muss es uns in den nächsten Jahren gelingen, die Daseinsvorsorge für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger weiter auszubauen, wie wir dies in den letzten Jahren z.B.mit dem Gutscheinheft und weiteren Anträgen gefordert haben. Da passiert in unserer Umgebung sehr viel mehr.

Überdachung am Bahnhof – Die Menschen nicht im Regen stehen lassen

Wichtig ist uns hier eine einfache, schlichte und zweckmäßige sprich großzügige und doch preiswerte Unterstellmöglichkeit am Bahnhof für die ÖPNV-Kunden. Was ist die gelungene Umgestaltung der Bahnhofstraße ohne diesen wichtigen Endpunkt? Hier müssen wir uns nochmals gezielt Gedanken machen, denn unsere bisherigen Planungen waren städtebaulich interessant doch finanziell nicht zielführend. Vielleicht gibt es doch den einen oder anderen Rückfluss in den allgemeinen Haushalt, der hier eine sinnvolle Verwendung fände.

Erhalt gemeindlicher Bausubstanz

Konkret wollen wir in diesem Jahr die Kulturinitiative Die Halle unterstützen, dass es ihr wirklich gelingen kann, unser Eigentum wieder auf Vordermann zu bringen, dass es nicht mehr zum Dach hereinregnet und gleichzeitig etwas für die notwendige Energieeinsparung ermöglicht wird. Vielleicht ist es möglich die Finanzierung auf drei Säulen zu stellen:

- Eigeninitiative durch die Halle selbst, dieser Baustein ist ja bereits vorbildlich angelaufen
- Einen Beitrag durch die Gemeinde selbst – wir denken wir an einen Betrag in höhe von 20 000€, finanziert aus den Haushaltstiteln 5810, 6300 und 8820.
- Einen Beitrag durch ein entsprechendes Programm (z.B. KfW, …). Hier setzen wir auf die nötige Sachkenntnis unserer Verwaltung.

Der Erhalt der Substanz unseres Eigentums müsste dies uns wert sein und stellt damit kein Luxusproblem oder Geschenk dar. Außerdem ist Die Halle ein wichtiger Anlaufpunkt für Junge und Junggebliebene und deren Kulturbedürfnisse, auch nach Wegfall des H2O.

Ausbau des Parkierungskonzeptes

Weiter wünschen wir uns eine Attraktivitätssteigerung unserer Ortsmitte. Dies kann auch dadurch gelingen, dass wir eine Parkscheibenregelung in der Karl- und Wilhelmstraße sowie notwendiges Anwohnerparken einführen. In der Karlstraße sehen wir Bedarf von der Hauptstraße mindestens bis zum Abzweig zum Pausenhof der Brunnenschule (Karlstraße14), ebenso in der Wilhelmstraße von der Hauptstraße bis zur Moltkestraße.

Da unsere Straßen in einem schlechten Zustand sind und dies in naher Zukunft sicher nicht besser wird, sind wir für ein generelles Parkverbot für LKW über 7,5t in den Gemeindestraßen. So parken z.B. immer wieder über das Wochenende oder über Nacht größere LKW bis zu 40t in der Christophstraße oder der Karlstraße. Wir sehen auch, dass die Verkehrssicherheit im Bereich unseres Industriegebietes in der Ulmer Straße erhöht werden müsste. Dazu sollte mit dem Verkehrslastträger eine entsprechende Lösung erarbeitet und umgesetzt werden.

Winterdienst

Im Zuge der erneut aufgetretenen Schwierigkeiten beim Winterdienst sind wir hier für eine interkommunale Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Streumitteln. Da die Salzwerke nur bei Abnahme von über 2000t Salz entsprechende Lieferverträge anbieten, geht dies nur über die Zusammenarbeit mehrerer Kommunen bzw. einer Zusammenarbeit von Kommunen und Kreis. Sicher ist dies kein Allheilmittel würde aber zumindest die Position stärker. Wir fordern die Gemeindeverwaltung auf, entsprechende Verhandlungen zu führen. Es ist weiter Gemeinderat und Öffentlichkeit darzustellen, wie lange die vorhandenen Lagerkapazitäten des Bauhofs reichen bzw. was technisch noch getan

werden kann, um eine sparsamere Ausbringung des Streuguts zu erreichen, ohne die Sicherheit einzuschränken. Außerdem sollten die Bürgerinnen und Bürger besser über den Streuplan der Gemeinde informiert werden bzw. rechtzeitiger über zur Neige gehendes Streugut und die Auswirkungen konkret informiert werden.

Schlussbemerkungen

Wir erinnern an die Schlussbemerkungen aus dem letzten Jahr. Aufgaben und Herausforderungen werden in den nächsten Jahren nicht weniger. Doch ohne die notwendigen Einnahmen geht nichts. Alles durch bürgerschaftliches Engagement zu ersetzten, ist nicht möglich.
Aber ohne die Einbeziehung unserer Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse können wir die Zukunft Reichenbachs nicht gestalten.
Hier müssen wir die Kommunikation zwischen Verwaltung, Gemeinderat und Bürgerschaft weiter verbessern. Dazu erwarten wir konkrete Vorschläge.

Wir möchten uns bei Ihnen Herr Bürgermeister Richter, Ihrer Verwaltung und ganz besonders bei Ihnen Herr Steiger und ihrem Team um Frau Bach für die Mühen der Aufstellung des diesjährigen Haushaltsplanes bedanken.

Zustimmung der SPD – Gemeinderatsfraktion

Nach eingehender Beratung stimmt die SPD-Gemeinderatsfraktion dem vorgelegten Haushaltsplan 2011 zu.

Wir bringen zum Haushalt 2011 die folgenden Anträge ein:

1. Unterstützung der Kulturinitiative Die Halle mit 20 000€ bei der Sanierung des Daches
2. Interkommunale Zusammenarbeit bei der Salzbeschaffung und anderer Streumittel
3. Parkierungskonzept in der Karl- und Wilhelmstraße
4. Verbot des Parkens von LKW über 7,5t in Gemeindestraßen (§12 StVO)
5. Verbesserung der Kommunikation zwischen Verwaltung, Gemeinderat und den Bürgerinnen und Bürger

und haben die folgenden Anfragen:

1. Welche Auswirkungen hat der neue Personalschlüssel für die Kindertageseinrichtungen und in welcher Höhe bekommt die Gemeinde gegebenenfalls einen finanziellen Ausgleich?
2. a) Darstellung der Förderanteile von Bund und Land an den Investitionskosten der Kleinkindbetreuung
   b) Darstellung des Förderanteils von Bund und Land an den Betriebskosten
   c) Anteil aus kommunalen Mitteln
3. Mittel für die Sprachförderung im Vorschulalter – auch hier interessiert uns der kommunale Anteil an der Sprachförderung und der Zuschussbedarf in den letzten 5 Jahren.

Reichenbach, den 25.01.2011
SPD-Gemeinderatsfraktion
Wolfgang Baumann, Sabine Fohler, Rudi Munz und Sigrid Bayer